

8. Annäherungen an ein organisations- und herrschaftstheoretisches Verständnis von NGOs im modernen Weltsystem

Als Fazit des ersten Teils der vorliegenden Studie, der Aufarbeitung des Diskurses um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance, wurden die Kriterien angegeben, die an eine differente theoretische Rahmung des Gegenstandsbereichs zu stellen sind. Der theoretische Rahmen sollte demnach erstens eine makrotheoretische Perspektive haben, konkret von einer eigenlogischen weltgesellschaftlichen Ebene ausgehen, die das Handeln weltgesellschaftlicher Akteure prägt. Zweitens sollte er herrschaftliche Verhältnisse innerhalb der Weltgesellschaft an zentraler Stelle thematisieren und konzeptionell in der theoretischen Anlage verankern. Drittens sollte er gegen die Grundannahmen des methodologischen Individualismus bzw. gegen realistische Annahmen argumentieren und insbesondere die Vorstellung zweckrational handelnder Akteure dekonstruieren. Schließlich sollte er viertens organisationstheoretisch informiert sein und der Organisationsform damit besondere Bedeutung zumessen. Umgesetzt wurden diese Vorgaben durch die Zusammenführung zweier bedeutender weltgesellschaftlicher Konzeptionen, der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins mit dem neoinstitutionalistischen World Polity-Ansatz von John W. Meyer. Eine organisations- und herrschaftstheoretische Pointierung wurde zudem durch die Herleitung der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« von Klaus Türk vorgenommen.

Mit der *Weltsystemtheorie Wallersteins* liegt eine ausgearbeitete Theorie vor, die die »Paradigmen des 19. Jahrhunderts«, welche die Gesellschaftswissenschaften bis heute prägen, überwinden will. Dies betrifft zuvorderst zwei zentrale Punkte: *erstens* wird der nationalstaatlich fixierte Gesellschaftsbegriff (samt seiner modernisierungstheoretischen Vorstel-

lung von Entwicklung) zurückgewiesen. Stattdessen schlägt Wallerstein mit seiner Konzeption des historischen Systems eine differente Perspektive vor, die nicht von den endogenen Entwicklungen der (nationalen) Einzelgesellschaften ausgehend Prozesse der Internationalisierung untersucht, sondern umgekehrt danach fragt, wie ein umfassenderes System deren Entwicklung ermöglicht und konditioniert. *Zweitens* wird komplementär dazu eine rigorose Multidisziplinarität gefordert, welche die Dreiteilung des sozialen Handelns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft überwindet.

- Ausgehend von diesen Prämissen wird das moderne Weltsystems als eine sozioökonomische Struktur, als ein einziges System weltweiter Arbeitsteilung konzeptualisiert, welches permanent Asymmetrisierungen entlang einer Zentrum-Peripherie-Spannung und damit Herrschaftsgefälle produziert. Die Asymmetrisierungen werden dabei einerseits durch ökonomischen Zwang und die Organisierung des Weltsystems als ein System von Nationalstaaten andererseits durch die Ausbildung einer Geokultur, die Aspekte des Universalismus mit denen von Rassismus/Sexismus kombiniert, aufrecht erhalten und durchgesetzt.
- Wallerstein wendet sich gegen eine werttheoretische Fassung kapitalistischer Vergesellschaftung und hebt stattdessen die besondere Bedeutung ungleicher Tauschverhältnisse und monopolistischer Strukturen hervor. Durch den Verweis darauf, dass nicht der ungleiche Tausch an sich, sondern dessen Invisibilisierung für die Aufrechterhaltung weltsystemischer Herrschaft zentral sei, überwindet er zudem eine ökonomistische Fassung von weltkapitalistischer Vergesellschaftung und hebt das besondere Moment des Kulturell-Ideologischen hervor. Unter dieser Perspektive erscheint der Rekurs auf die Kräfte des Marktes als – allerdings wirkmächtiger – Mythos des modernen Weltsystems.
- Den nationalen Befreiungsbewegungen und den sozialen Bewegungen, welche unter dem Begriff der systemfeindlichen Bewegungen zusammengefasst werden, attestiert Wallerstein, dass deren Strategie der Erlangung der Staatsmacht im Hinblick auf das Ziel, herrschaftsärmere Verhältnisse zu etablieren, gescheitert ist. Systemfeindliche Bewegungen seien regelmäßig in eine »kulturelle Falle« getappt, indem sie sich mittelfristig der Ziele und Mittel bemächtigten, die aus dem Repertoire der Herrschenden stammten. Insbesondere waren dies der Geist der Aufklärung und die Fixierung auf die Erlangung der Staatsmacht. Wallerstein erwähnt zudem die Verkrustung in organisationalen Strukturen als Grund für das Scheitern systemfeindlicher Bewegungen.

- Weltkapitalistische Herrschaft beruht nach Wallerstein bis heute und permanent auf der Ausübung gewaltgestützter Formen. Diese sind in Weiterführung der Wallersteinschen Argumentation von mir als permanente Regulationsstörung bezeichnet worden, welche die (Teil-)Gesellschaften, die der weltkapitalistischen Gesellschaftsformation unterworfen sind, an ihrer (lokalen) materiellen Reproduktion hindern. Obwohl Wallerstein die gewaltgestützte Durchsetzung herrschaftlicher Muster als integrale Elemente der Systemmechanismen des Weltsystems analysiert, nimmt er dabei die institutionelle Vermitteltheit dieser Systemmechanismen und dabei insbesondere die moderne Organisationsform nicht zur Kenntnis.

Als Defizit des Wallersteinschen Ansatzes wurde neben einem »Restökonomismus« dessen letztlich realistische, auf der Prämissse zweckrational handelnder Akteure aufgebaute Theorieanlage benannt. Herrschaftsverhältnisse, die sich auf formal-rationale Verfahren, kulturelle Dominanzverhältnisse oder rassistische bzw. sexistische Ideologien gründen, geraten Wallerstein zwar in den Blick, werden aber tendenziell in ein Basis-Überbau-Schema gepresst. Ihnen wird so ihre Eigendynamik weitgehend abgesprochen. Herrschaft wird vornehmlich in *terms* von Ausbeutung, Mehrwertextraktion und militärisch-strategischer Absicherung von ökonomischen Einflusszonen gefasst.

Um hier eine andere Sichtweise einzuführen, wurde die Konzeption des konstruktivistisch argumentierenden *World Polity-Ansatzes* eingeführt, der die kulturelle Integration innerhalb des Weltsystems zum Thema hat. Folgende *Essentials* wurden hergeleitet:

- Weltgesellschaft ist für den neoinstitutionalistischen *World Polity-Ansatz* ein hochgradig institutionalisiertes System struktureller und kultureller Regeln. Dessen Herrschaftsfähigkeit sieht der Neoinstitutionalismus in dem restringierenden und fremdgesetzten Charakter von Institutionen begründet. Alternative Möglichkeiten der Konstruktion und Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeit erlangen erst gar nicht gesellschaftliche Relevanz. Hierbei wird auf die gleichzeitige und nur lose gekoppelte Existenz von materialen und institutionellen Kontexten, auf die kontextuelle Doppelstrukturierung verwiesen, welche jegliche Sozialität auszeichnet.
- Moderne Formen von Herrschaft greifen nicht – wie bei Wallerstein – von außen auf etwas zu, sondern werden in einem umfassenden Sinne reziprok vermittelt. Akteuren ist Herrschaft nicht äußerlich. Die kognitiven Muster, die sich in Institutionen verfestigen, gehen »durch die Akteure« hindurch. »Institutionen« treten so dem Akteur nicht als Gegenstand in der Welt objektiv gegenüber, sondern strukturieren schon

dessen Vermögen, wie Gegenstände und Kontexte überhaupt geschnitten und konturiert werden. Das Institutionelle geht somit als Handlungskorridor in die Wirklichkeitskonstruktion der Akteure, von Individuen, Organisationen und Nationalstaaten, mit ein. Durch den Hinweise auf die Präformiertheit sozialer Akteure argumentiert der World Polity-Ansatz gegen das Modell des zweckrational handelnden Akteurs, wie er etwa im methodologischen Individualismus gefasst wird. Soziale Akteurschaft wird nicht als eine letztlich naturgegebene Bedingung von Sozialität gefasst, sondern die Vorstellung (und Realität) autonom handlungsfähiger Individuen, Nationalstaaten und Organisationen selbst wird als historisches Konstrukt betrachtet, das in einem engen Zusammenhang mit der Herausbildung der Weltgesellschaft steht. Entgegen ihrem autonomen Selbstverständnis »enaktieren« soziale Akteure größtenteils lediglich institutionelle *scripts*.

- Für Organisationen gilt, dass ihre formale Strukturiertheit und Zweckrationalität als spezifisch moderne, gesellschaftlich institutionalisierte Muster der Handlungsorientierung und Situationsdeutung begriffen werden müssen und nicht als deren ontologische Wesensmerkmale. Rational-formale organisationale Strukturen müssen vor allem deswegen inkorporiert werden, weil sie in der Moderne als legitim und effizient gelten. Organisationen werden in Abgrenzung zu kontingenztheoretischen Argumentationen als Verkörperung solcher institutionalisierter Muster, insbesondere als Verkörperung des modernen Rationalitätsmythos, begriffen. Organisationen sind daher nicht zuvorderst effiziente Mittel der Kooperation menschlichen Handelns. Ihre Aufgabe besteht hingegen darin, Legitimationsanforderungen zu bewältigen.
- Moderne Akteure stehen stets vor der Herausforderung der Transformation unmittelbarer Bedürfnisse, von Partikularinteressen, in für andere nachvollziehbare und stabile Interessen. Mit der Einführung des Konzepts des agentschaftlichen Akteurs entwickelt der World Polity-Ansatz ein Erklärungsmodell, welches den Erfolg und Nicht-Erfolg von Akteuren bestimmt macht. Die stratifikatorische These lautet, dass derjenige Akteur das größte Ansehen genießt, der eine möglichst große Distanz zwischen Eigennutz und dem Prinzip der agentschaftlichen Handlungsbegründung ausbilden kann, der seine Agentschaftlichkeit am besten inszenieren kann. Genau deshalb konnten NGOs seit dem Zweiten Weltkrieg an Einfluss gewinnen. Umgekehrt formuliert: Die Ausbildung dieser Agentschaftsqualität ist die entscheidende Voraussetzung und Maxime, die den Erfolg des NGO-Handelns ausmacht. Insgesamt potenziert sich die Agency-Fähigkeit in der Moder-

ne, so dass sich ein immer ausdifferenzierteres, aber auch widersprüchliches System von *Herrschaft qua agency* herstellt.

- Die Weltgesellschaft kennt keinen zentral handelnden Akteur, sondern ist angefüllt mit einer Vielzahl von Organisationen (insbesondere NGOs) und Experten, die als »generalisierte Andere« funktionieren und sich insgesamt durch ihre mangelnde Handlungsverantwortung auszeichnen. Hervorstechendes Merkmal dieser *otherhoodness* ist, dass sie als Agenten abstrakter Werte und Prinzipien wirken und somit zur weiteren Implementierung und Institutionalisierung weltkultureller Muster beitragen. Die Kategorie der generalisierten Anderen verweist dabei unmittelbar auf die Strukturen des institutionellen Kontextes. Die generalisierten Anderen der Weltgesellschaft generieren homogenisierende institutionelle Strukturierungen und tragen damit zur Lösung von Legitimationsproblemen bei, sie sind aber *desinteressiert* in Bezug auf die Out-Put-Seite. Die Prozeduren des institutionellen Kontextes sind im Hinblick auf die Lösung von lokalen Problemen untauglich. Handlung und Handlungsverantwortung werden so voneinander entkoppelt.
- Im Zuge der Ausbreitung der World Polity ergibt sich für alle Akteure der Weltgesellschaft zunehmend das Problem der Gleichzeitigkeit nicht aufeinander abgestimmter Umwelterwartungen (z.B. Menschenrechte/Umweltschutz vs. technischer Fortschritt). Je stärker dies passiert, desto mehr tendieren insbesondere Staaten dazu, ihr Handeln entsprechend institutioneller Vorgaben auszurichten und allgemein anerkannte Handlungsroutinen zu »enaktieren«. So gewinnt die Entwicklung rational-legitimer Verfahren zunehmend an Bedeutung, in deren Rahmen die Einbeziehung von NGOs höchst rational wird. Durch die Propagierung und Durchsetzung deliberativer Politikmodelle und Verhandlungssysteme wird eine neue Form von Legitimität generiert, die *rational voluntaristic authority*. Die Legitimität kollektiven Handelns beruht demnach zunehmend auf »koordiniertem DisSENS«. Es kommt zur Entwicklung »dialogischer« Institutionen bzw. entsprechender Konzeptionen (Global Governance). Handlungen von politischen Akteuren innerhalb dieses Rahmens, etwa von NGOs, sind im Gegensatz zu realistischen Annahmen eher als »enactment« institutioneller *scripts*, denn als eine Angelegenheit intern generierter und autonomer Wahl, Motivation und Absicht zu verstehen. Legitimität entsteht nicht vornehmlich durch den Out-Put dieser Verhandlungssysteme, wie eine gängige Kritik am Demokratiedefizit von Global Governance unterstellt, sondern schon in der Konstruktion »dialogischer Verfahren« selbst.

- Auf der Ebene der Weltgesellschaft lassen sich zusammenfassend vier Bedingungen formulieren, denen Akteure genügen müssen, um als legitime Akteure anerkannt zu werden. Sie müssen *erstens* (möglichst gut) eine Agentschaftsqualität ausbilden, müssen *zweitens* dialogbereit und offen für Beratung und Expertise sein, müssen sich *drittens* der Organisationsform bedienen und müssen *viertens* in Netzwerke mit anderen Akteuren eingebunden sein.
- In differenter Pointierung zum World Polity-Ansatz, der NGOs vornehmlich als Agenten für abstrakte ethische Ziele fasst und damit deren Gewicht in der internationalen Politik erklären will, wurde in der vorliegenden Studie argumentiert, dass soziale Bewegungen als ein weiterer wichtiger Prinzipal für bestimmte, nämlich bewegungsnahe NGOs gefasst werden können. Durch diese Blickweise wird eine gegen die Aggregierungsannahmen der Bewegungsforschung gerichtete Blickweise auf soziale Bewegungen möglich, die diese als wirkungsmächtige Konstruktionen (»taken for granted«) der beteiligten Akteure (Individuen und Bewegungsorganisationen auf der einen Seite sowie Nationalstaaten als Gegenspieler auf der anderen Seite) ausweist.

In Kapitel 7 wurde unter Verweis auf die *Organisationstheorie Türks* die Bedeutung formaler Organisierung vertieft und ein genaueres Verständnis von Herrschaft herausgearbeitet.

- Der Organisationsform wird eine gesellschaftsstrukturierende Funktion zugeschrieben, wobei das Verhältnis zwischen Organisation und moderner Gesellschaft als rekursives Konstitutionsverhältnis konzipiert wird. Das Organisationsverhältnis wird als dominantes gesellschaftliches Muster der Formierung und Regulation sozialer Kooperation begriffen. Die organisationale Aggregation von Interessen avanciert in der Moderne dabei zum ausschließlich legitimierten Typus des Politischen.
- Organisation gilt diesem Ansatz nicht als politisch neutraler und ubiquitärer Modus effizienter Koordination von Kooperation, sondern als eine historisch besondere, eben für die Moderne typische Form der herrschaftlichen Konfigurierung gesellschaftlicher Praxis. In der Organisationsform interagieren und verschmelzen Dispositive der Ordnung (als okzidental Rationalitäts-, Disziplinierungs- und Normalisierungsdiskurs), des Gebildes (als rechtlich abgestützte institutionelle Form) und der Vergemeinschaftung (als Prozess sozialer Integration und Schließung).
- Die Auf trennung in einen institutionellen und einen nichtinstitutionellen Bereich ist die typische Form von Herrschaft in der Moderne. Hierbei produziert die Organisationsform die gesellschaftlich folgen-

reiche Unterscheidung zwischen einem institutionellen und einem diesen entgegen gesetzten Bereich. Organisationale Herrschaft greift dabei auf die Basis realer, sich in lokalen Kontexten vollziehender menschlicher Praxis, die das zu organisierende Material bildet, zu. Dieser materielle Lebensprozess wird als dialektischer Widerpart mit dem Begriff Ko-Operation bezeichnet. Ähnlich der neoinstitutionalistischen Figur der kontextuellen Doppelstrukturierung ist gesellschaftliche Realität immer das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Logik der Organisation und der Ko-Operation. Ko-Operation meint dabei gerade nicht gelungene Kooperation, sondern gilt als Sammelkategorie für alle Akte der tatsächlichen Handlungsverflechtungen zwischen Subjekten. In ihr können aber dennoch keimhafte Erfahrungen von Nicht-Herrschaft gemacht werden.

Insgesamt ergibt sich bezogen auf herrschaftliche Verhältnisse in der Weltgesellschaft folgende Konzeption:

- Die ökonomisch verkürzte Asymmetrisierungsthese Wallersteins lässt sich organisationstheoretisch reformulieren. Weder das Kapital noch der Staat oder das internationale Staatensystem sind die entscheidenden Modi von Asymmetrisierung, sondern die moderne Organisation, womit auch Herrschaftsgefälle in den Blick geraten, die sich quer zu denen des Interstaatensystems strukturieren. Die ebenfalls mit der starken Bedeutung der Organisationsform argumentierende, neoinstitutionalistische Homogenisierungsthese weist zusätzlich auf die kontingenzvernichtende Implementierung von weltkulturellen Prinzipien in die Weltgesellschaft hin. Auf internationaler Ebene übernehmen NGOs mehr und mehr die Funktion, weltkulturelle Prinzipien zu verankern. Das von mir entwickelte theoretische Konzept begreift formale Organisation als das verbindende institutionelle Muster, welches sowohl die asymmetrisierenden als auch homogenisierenden Mechanismen globaler Vergesellschaftung abstützt. Formale Organisation wird dabei nicht als ein neutraler Modus zur effektiven Kooperation menschlichen Handelns definiert, sondern als zentraler Modus, mit dem sich Herrschaft in die moderne Gesellschaft inkorporiert.
- Die herrschaftstheoretische These lautet, dass sich Herrschaft auf weltgesellschaftlicher Ebene zunehmend (auch) in der Verunmöglichung von Lebenschancen und alternativen Lebensentwürfen, in der Homogenisierung von individuellen und gesellschaftlichen Ausdrucksformen sowie in einem Prozess der Invisibilisierung und Vernichtung kontingenter Formen menschlicher Kooperationsweisen manifestiert.

- Die herrschaftliche Strukturierung des Weltsystems ist dann schließlich in dem Sachverhalt zu verorten, dass für die Menschen und ihre soziale Ko-Operation lediglich institutionell restriktive soziale Praxisformen und Akteursdefinitionen zur Verfügung stehen, die zudem Asymmetrisierungen weiter befördern.

Der vorgestellte Rahmen kann mit einigen Mythen des Diskurses über NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance aufräumen. Insbesondere kennt er keine normative Fassung des NGO-Phänomens. Zudem relativiert er die Vorstellung, NGOs seien zweckrational handelnde Akteure, die qua Willensentscheidung entweder reformerisch oder konfrontativ handeln könnten. Außerdem werden durch die makrotheoretische Perspektive der Weltgesellschaft die Aggregierungsannahmen des Diskurses über NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance zurückgewiesen. Stattdessen wird die weltkulturelle Konstruktion legitimer Akteure und Interessen betont. Nicht zuletzt wird der Nivellierung eines prinzipiellen Unterschieds zwischen sozialer Bewegung und Organisation durch Teile der Bewegungsforschung entgegengetreten.

Darüber hinaus ergibt sich in Bezug auf den Diskurs um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance Folgendes:

- Die World Polity konstruiert und protegiert bestimmte legitime Protest- und Praxisformen, und damit bestimmte (auch für soziale Bewegungen) unhintergehbar Institutionen. Hier sind zuvorderst die Übernahme von Konzepten formaler Organisation und die Akzeptanz dialogischer Verfahren zu nennen. So erfolgt der Zugang zu den Verhandlungssystemen einer Global Governance neben dem Einlassen auf die »Regeln des herrschaftsfreien Diskurses« über den Modus »formale Organisation«. Lediglich organisierte Interessen, artikuliert mit möglichst hoher Agency, haben die Chance, governance-relevant zu werden.

Für nicht-staatliche politische Akteure ergibt sich also zunehmend ein Zwang des »Diskurs-Führen-Müssens« unter vorgegebenen »normalistischen« Prämissen, wobei der Zugang zur »Bühne des Diskurses« über die Organisationsform gesteuert wird. Das Handeln von NGOs (und damit auch von Bewegungsorganisationen) wird durch die Legitimitätsaufladung von »dialogischen Verfahren« und »formaler Organisation« gerahmt und mitbestimmt. Durch diesen Mechanismus werden kontingente Artikulationsformen von Protest und nicht-organisationale Kooperationsformen diskreditiert, invisibilisiert oder gar vernichtet. NGOs sind in diesem Rahmen gleichzeitig Produzent und Produkt der Generierung dieser neuen hegemonialen Konzeptionen legitimer Praxis- und Protestformen. Oft entgegen ihrem eigenen

Selbstbild lassen sich NGOs derart als Diffusionsagenten der »Rationalisierung der Welt« auffassen, die die kontingenzvernichtende Implementierung weltkultureller Prinzipien befördern. Sämtliche Unterstellungen an NGOs, sie seien am Abbau weltgesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse interessiert, greifen daher nicht nur ins Leere, das Gegenteil ist der Fall: NGOs sind maßgeblich daran beteiligt, durch die bewusste Akzeptanz und Reproduktion der globalen symbolischen, kulturellen und diskursiven Ordnung weltgesellschaftliche Herrschaft zu verstetigen.

- Sowohl für internationale NGOs als auch für Regierungsorganisationen ist das Modell der *rational voluntaristic authority* inzwischen das allgemein geteilte Ideal, welches in organisationaler Ethik und Struktur »enaktiert« wird. In der Prominenz der *rational voluntaristic authority* auf Weltniveau liegt der Schlüssel zum Verständnis der gewachsenen Bedeutung von NGOs und der zunehmenden Diskussion um Global Governance. Alle Charakteristika, die üblicherweise den NGOs zugeschrieben werden, also eine hohe Rollenspezifikation, der Kult des Expertentums und der Gültigkeit des besseren Arguments, die Vermeidung langwieriger Binnenkommunikation durch kurze Hierarchien sowie Medienkompetenz gelten heute als hervorragende Merkmale eines effizienten agentschaftlichen Akteurs, der sich in Netzwerkstrukturen behaupten will. NGOs waren trotz ihrer vergleichsweise geringen Ressourcenausstattung im letzten Jahrhundert deshalb so einflussreich, weil sie ihre agentschaftliche Qualität besonders gut ausbilden und kommunizieren konnten.
- Der innerhalb von Verhandlungssystemen hergestellte Kontext für kollektive Verantwortungszuschreibung ist für die beteiligten Akteure sehr funktional, ihn zu unterlaufen kostenreich. Um zu vermeiden, ein schlechter Spieler zu werden, werden die dort vorgefundenen Regeln eingehalten. Der Ausstieg aus einem Verhandlungskontext ist ebenfalls eine für den Akteur kostenreiche, oftmals mit Legitimationsverlusten einhergehende Option. Dies alles motiviert die beteiligten Akteure zum Mit-Mischen, dazu, an den dialogischen Prozeduren mitzuwirken und deren Diskurse abzustützen.
- Ohne soziale Bewegungen ihrerseits als herrschaftsfrei und »unschuldig« zu imaginieren, fasse ich sie als wirkungsmächtige soziale Konstruktionen, die noch nicht gänzlich vom Prinzip formaler Organisation durchzogen sind. Sie sind »schwimmende Formen« (Türk 1999: 57) menschlicher Ko-Operation, die sich in Bezug auf die Ordnungs-, Gebilde- und Vergemeinschaftungsdimensionen durch ihre (zumindest partielle) Uneindeutigkeit auszeichnen. Soziale Bewegungen und ihre materiellen und lokalen Kontexte bieten also kein Modell für eine

herrschaftsfreie Gesellschaft, können aber Orte sein, an denen Subjekte zumindest die Möglichkeiten haben, Differenzerfahrungen (zur »normalen« Gesellschaft, zu institutionellen Kontexten etc.) zu machen. Darüber hinaus können sich soziale Bewegungen gegen die Art und Weise wenden, wie Konflikte ausgetragen werden, können partiell die Grenzen der Normalität überschreiten. Entgegen diesen *potentiellen* Möglichkeiten von sozialen Bewegungen wirken NGOs durch ihren expliziten Rekurs auf »formale Organisation« homogenisierend und behindern contingente Formen von Ko-Operation. Das NGO-Phänomen kann daher auch als globale Vereinheitlichung der Taktiken und Strukturen sozialer Bewegungen und ihrer Organisationen interpretiert werden.¹

- Entgegen den *potentiell* systemsprengenden Möglichkeiten von sozialen Bewegungen sind NGOs in ihrer Gesamtheit maßgebliche Vermittler der universalistisch-ideologischen Grundstruktur der Moderne, sind Diffusionsagenten der »Rationalisierung der Welt«. Sie haben entscheidend daran mitgewirkt, dass das moderne Modell von *rational voluntaristic authority* sich als dominante ideologische Form in die Weltkultur inkorporieren konnte. Das Verhältnis (bewegungsnahe) NGOs zu sozialen Bewegungen ist unauflösbar ein doppeltes: Zum einen treten NGOs als Normalisierer von Irritationen des Weltsystems auf, die durch Protest und soziale Bewegungen symbolisiert worden sind, zum anderen sind NGOs auch Proliferant sozialer Bewegungen, da sie sie als Prinzipal ständig reproduzieren.
- Global Governance ist ein weithin wahrnehmbares Indiz für die Durchsetzung eines neuen historisch konkreten Organisationsregimes, welches sich vorläufig als *neoliberal-dialogorientiertes Organisationsregime* bezeichnen lässt. Die Herausbildung eines neuen Organisationsregimes ist dabei charakterisiert durch veränderte Grenzziehungen

1 Hiermit ist gerade nicht gesagt, dass soziale Bewegungen den materiellen Kontext abdecken und NGOs nur dem institutionellen Kontext zuzuordnen sind. Da es keine vorstellbare Sozialität gibt, die nicht Teil der kontextuellen Doppelstrukturierung ist, die nur »materieller Kontext« wäre, gibt es auch keine Analogiekette »Institution gleich Herrschaft – materialer Kontext gleich Herrschaftslosigkeit«. Zwar satteln Institutionen auf den materiellen Kontexten auf. Im Umkehrschluss sind aber die materialen Kontexte nicht herrschaftsfrei. So wird hier beim Vergleich von sozialen Bewegungen und NGOs stets in Anschlag gebracht, dass beide soziale Phänomene sind, die in ihrer Konstruktion eine kontextuelle Doppelstrukturierung aufweisen, wenngleich auch auf je spezifische Art und Weise. Eine Entgegensetzung von Bewegung und Organisation im Sinne eines Unschulds-Modells, nachdem soziale Bewegungen per se »gut« seien und lediglich durch Oligarchisierungsprozesse ihrer ursprünglichen Ideale beraubt würden, hat ebenso keinen Sinn.

gen innerhalb von Organisationen, zwischen unterschiedlichen Organisationen und zwischen Organisationsnetzwerken. In diesem Zusammenhang ist in Erinnerung zu rufen, dass nach dem hier vorgestellten theoretischen Rahmen die gesellschaftliche Dominanz der Organisationsform gerade darin besteht, strukturinduzierende Wirkung auch in andere gesellschaftliche Bereiche hinein entfalten zu können. Wegen dieser intermediären Position formaler Organisation drücken sich in einem neuen Organisationsregime zugleich Elemente einer neuen Herrschaftsordnung aus. So spiegeln die im Kontext des neoliberal-dialogorientierten Organisationsregimes entstehenden Realabstraktionen die neuen Formen der Artikulation von Politik und Ökonomie und induzieren ihrerseits neue gesellschaftliche Strukturbildungen.²

- Global Governance und allgemein Netzwerkvorstellungen bergen zwar ein Problemlösungsversprechen, sind aber zuvorderst Ausdruck sich wandelnder Legitimationsanforderungen an organisierte Akteure: um als legitime moderne Akteure zu gelten, müssen Organisationen in übergreifende Beratungs- wie Kooperationsnetzwerke eingebettet sein. Innerhalb des neoliberal-dialogorientierten Organisationsregimes ersetzt die Verortung in egalitär imaginierten Netzwerken ältere Organisationsregime, die stärker vertikalistisch organisiert waren.

Die vorliegende Studie hat sich bei der Herleitung eines theoretischen Rahmens, der an vielen Punkten konträr zur bisherigen Debatte um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance argumentiert, zu einem großen Teil auf Neuland begeben und dabei recht weit ausgeholt. Die Zusammenfassung der Ergebnisse hat aber deutlich gemacht, dass der entwickelte Ansatz in vielfältiger Weise für die Analyse der mit dem Diskurs um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance verbundenen Prozesse anregend sein kann, wenngleich er nicht abschließend ausformuliert wurde und die letzte Präzision vermissen lässt. Eine genauere Fassung und empirische Anwendung stehen also sicher noch aus. Es sollte aber deutlich geworden sein, was eine »Theorie der organisierten Weltgesellschaft« im Stande zu leisten ist.

Die Entwicklung eines makrotheoretischen Bezugsrahmens wurde nötig, da die Analyse des Diskurses um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance ergab, dass diese Ebene vernachlässigt wurde. Gleichwohl plädiert die vorliegende Arbeit nicht *für* eine Makro- und *ge-*

2 Dies alles müsste erheblich präzisiert und ausformuliert werden. Vgl. aber vorläufig die unter dem Stichwort »Organisationaler Neoliberalismus« entwickelte ähnliche Konzeptionierung bei Türk/Lemke/Bruch (2002: 291ff).

gen eine Mikroperspektive, sondern will eine Makroperspektive zunächst einmal komplementär zu den dominanten handlungstheoretischen Modellen in den Raum stellen. Sicherlich sind eine Makro- und Mikroperspektive auf das NGO-Phänomen zukünftig miteinander zu vermitteln. In Ansätzen leistet dies der vorgestellte Theorierahmen aber schon selbst. Es sei hier an dessen konstitutionstheoretische Grundlagen erinnert, die dazu tendieren, den Gegensatz zwischen Strukturalismus und Individualismus, zwischen System- und Handlungsperspektive zu überwinden.

Ganz allgemein wird die Mikro-Makro-Unterscheidung hier als eine analytische Unterscheidung behandelt. Ein Phänomen kann demnach immer auf unterschiedlichen Beschreibungsebenen erfasst werden. Es geht dann nicht darum, welche Ebene die kausal wirksamere ist, sondern unter welchen Bedingungen makrosoziologische Erklärungen ausreichen und wann sich eine mikrosoziologische Erklärung anbietet. Insbesondere empfiehlt sich eine mikrotheoretische Analyse für Prozesse, die in wenig institutionalisierten Handlungssituationen stattfinden oder für Phasen von De-Institutionalisierungen, in denen von »enacting« auf »acting« umgestellt wird, wo also etablierte Handlungsmuster an Selbstverständlichkeit verlieren (Heintz 2004: 27).

Solche Untersuchungen wären auch deshalb von Bedeutung, da nach dem hier entwickelten Verständnis Ansätze für die Irritation oder Minimierung herrschaftlicher Verhältnisse am ehesten in der Initiierung eben solcher De-Institutionalisierungsprozesse gesehen werden. Solche Prozesse würden der Wiedergewinnung von Kontingenz dienen. Insgesamt wäre die dissidente, lokal situierte, lebenspraktische Irritation der Ungleichheitsproduzierenden institutionellen Formen anzustreben. Dabei spielt die Erfindung von sozialen Mustern der Regulation des gesellschaftlichen Lebens, die von der formalen Organisationsform abweichen, eine wesentliche Rolle. Überdies gerät die Des-Identifikation vom Konzept des rationalen handlungsfähigen Akteurs als möglicher Bezugspunkt der Reduktion von Herrschaft in den Blick. Es wären gesellschaftliche Formen der Kooperation und auch von Eigenmächtigkeit zu erfinden und zu stärken, die sich vom Konzept des rationalen, handlungsfähigen Akteurs unterscheiden. Hierbei ist die große Schwierigkeit, Formen zu finden, die nicht ihrerseits andere, »vormoderne« herrschaftliche Strukturen etablieren. Bezogen auf emanzipative Strategien geht es also um das Aufspüren derjenigen Elemente von Ko-Operation, die (herrschaftsarme) Modelle für Alternativen zur Organisationsform darstellen. Eingedenk der Tatsache, dass wir alle als Individuen agentschaftliche Akteurschaft verinnerlicht haben, ist dies beileibe keine einfache Aufgabe. Sicher scheint mir aber, dass die »two-step-strategy«, zunächst innerhalb des institutionellen Kontextes Fuß zu fassen und Macht zu akkumulieren, um dann die Strukturen

weltgesellschaftlicher Vergesellschaftung zu verändern, ebenso wenig zu einer herrschaftsärmeren Gesellschaft führt wie die in der Tat gescheiterte Strategie der Wallersteinschen systemfeindlichen Bewegungen, die Staatsmacht zu erklimmen.

